

Grußwort des Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration, Miguel Vicente



In Deutschland steigen die Zahlen der Zuflucht suchenden Menschen wie seit vielen Jahren nicht mehr. Den Grund hierfür sehen wir allabendlich in den Nachrichten: Es sind die Bilder aus den Krisenregionen wie Syrien, Irak oder Afghanistan.

Die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind nur ein kleiner Ausschnitt einer globalen Flüchtlingstragödie, die sich derzeit abspielt: rund 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, allein eine Million Kinder aus Syrien. Darum haben sich auch die Flüchtlingszahlen nach Deutschland zuletzt verdreifacht. Die Bundesländer, die Kommunen, viele Organisationen und einzelne Menschen leisten gerade Außerordentliches, um die Schutzsuchenden aufzunehmen und sie in ihrem neuen Lebensumfeld zu unterstützen.

Für die rheinland-pfälzische Landesregierung ist von besonderer Bedeutung, Flüchtlingen Schutz und ein neues Zuhause zu bieten. Jüngst hat auch der Landtag einstimmig die Landesregierung darin bekräftigt und den Weg geebnet, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Flüchtlinge sollen verstärkt eine professionelle Migrationsberatung erhalten und die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen, damit sie auch am sozialen und gesellschaftlichen Leben partizipieren können.

Dies sind Maßnahmen, die notwendig werden, wenn wir unsere Haltung gegenüber Flüchtlingen verändern wollen. Fluchtsuchende dürfen nicht weiter rechtlich und sozial wie eine Sondergruppe behandelt werden, der beispielsweise Integrationsangebote vorenthalten wird. Sie müssen weitestgehend mit anderen Zugewanderten gleichgestellt werden. Sie abwertende Sondergesetze, wie das Asylbewerberleistungsgesetz, gehören abgeschafft.

Dazu gehört auch, dass wir unser bisher geprägtes Bild von Flüchtlingen in Frage stellen. Ein Bild, das oft von zwei Gegensätzen geprägt ist, aber für die Betroffenen gleichermaßen problematisch ist. Hier, die unseren Sozialstaat Ausnutzenden, die unseren Wohlstand bedrohenden Menschen, vor denen man sich notfalls auch schützen darf. Dort, die Abhängigen und Hilfsbedürftigen, die ewig auf fremde Hilfe Angewiesenen. Beides Bilder, die für die Menschen verheerend und abwertend sind; Bilder, die auch einfach falsch sind.

Flüchtlinge dürfen nicht kriminalisiert werden, sie brauchen aber auch kein bevormundendes Mitleid. Sie brauchen vielmehr Gleichberechtigung und Rechte, damit sie ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen können. Sie brauchen eine faire Chance, hier ihren selbstbestimmten Platz in der Gesellschaft zu finden, ja vielleicht ihre neue Heimat.

Daher ist die Beteiligung von Asylsuchenden und Flüchtlingen bei den kommunalen Integrationsbeiräten ein wichtiger Schritt, den die Landesregierung sehr gezielt fördert. Sie sollen dadurch die Möglichkeit erhalten, ihre politische Erfahrung und Kompetenz einzubringen und somit die Flüchtlingsarbeit in den Kommunen stärken. Und obendrein werden sie vor allem zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und zugleich einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten.

Miguel Vicente

Beauftragter der Landesregierung für Migration und Integration